

TOP 5.3

Anlage 3 zum Protokoll: Weitere Themen

Steuerpolitische Positionen der Wirtschaft in Berlin und Brandenburg zur Bundestagswahl

Die Steuerpolitik spielt eine große Rolle im derzeitigen Bundestagswahlkampf. Einige Parteien haben sich Steuerreformen auf die Agenda geschrieben, andere wollen zumindest einige substantielle Änderungen an Steuertarifen oder Ausnahmetatbeständen vornehmen. Bedauerlich ist, dass es den Oppositionsparteien nicht um Entbürokratisierung und Entlastung der deutschen Wirtschaft geht, sondern vielmehr um massive Erhöhungen und Ausweitungen der Steuerlasten. Die Vorschläge reichen dabei von einer Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf bis zu 49%, über eine einmalige Vermögensabgabe bzw. eine jährliche Vermögensteuer bis hin zu einer Ausweitung der Erbschaftsteuer und der gewerbsteuerlichen Hinzurechnungen.

Die IHK Berlin will gegen diese wirtschaftsfeindlichen steuerpolitischen Absichten deutlich Stellung beziehen. Gemeinsam mit den Steuerausschüssen der Brandenburger IHKs hat der Ausschuss Steuern und Finanzen der IHK Berlin das anliegende Positionspapier „Steuern klug steuern – Steuerpolitische Positionen der Wirtschaft in Berlin und Brandenburg zur Bundestagswahl 2013“ erarbeitet und verabschiedet.

Im Zentrum des Positionspapiers steht die klare Ablehnung der Anhebung der Steuersätze und einer Renaissance einer Vermögensteuer bzw. Vermögensabgabe. Zum einen sind Steuererhöhungen wirtschaftsfeindlich, weil sie das Eigenkapital schwächen, damit Investitionen gefährden und Arbeitsplätze in Deutschland vernichten. Sie sind auch angesichts von Rekordsteuereinnahmen nicht notwendig. Nicht zuletzt beeinträchtigen Steuererhöhungen die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen, denn schon jetzt trägt der Mittelstand einen großen Teil der Steuerlast. Im Papier finden sich weiterhin wichtige steuerpolitische Forderungen, die der Maxime „Weniger Bürokratie – Mehr Rechtssicherheit im Steuerdschungel“ folgen.

Aktuelle Flughafenentwicklung

1. Entwicklung der Passagierzahlen

Die aktuellste Statistik des Flughafenverbandes ADV (04/2013) belegt den positiven Entwicklungstrend des Berliner Flugverkehrs. In den Monaten Januar bis April 2013 ist das Passagieraufkommen in Berlin (BER) um +3,3 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gestiegen. Im gleichen Zeitraum mussten die anderen großen Flughäfen Frankfurt (FRA), München (MUC), Düsseldorf (DUS) und Hamburg (HAM) Verluste hinnehmen: FRA -2,0 % / MUC -0,3 % / DUS -2,3 % / HAM -6,0 %.

2. Fertigstellung BER – stufenweise Eröffnung BER

Das Hauptaugenmerk liegt aktuell noch immer auf der Bestandserfassung. Dem Vernehmen nach ist im September mit der Vorstellung des weiteren Vorgehens und einer neuen Zeitplanung zu rechnen. Im Vorgriff hierauf hat der Vorsitzende der Geschäftsführung der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH (FBB), Hartmut Mehdorn, die Idee einer stufenweise Eröffnung in Form einer Teilbetriebnahme des Nordpiers ins Spiel gebracht. Diesem Vorschlag hat sich bisher nur easyjet offen gegenüber gezeigt und Interesse am vorzeitigen Umzug bekundet. Zudem hat die für Finanzen zuständige Geschäftsführerin, Heike Fölster, ihre Tätigkeit aufgenommen.

3. Finanzierung und Liquidität

Der Aufsichtsrat verabschiedete am 12. April 2013 den angepassten Wirtschaftsplan 2013. Nach der aktuellen Berechnung werden die Gesellschafter in diesem Jahr 650 Mio. Euro an Gesellschaftermitteln für die BER-Realisierung bereitstellen (bislang auf Basis Eröffnungstermin 27.10.2013 geplant: ca. 900 Mio. Euro). Eine erste Tranche in Höhe von ca. 192 Mio. Euro haben die Gesellschafter bereits im Januar 2013 an die FBB ausgezahlt (ca. 71 Mio. Euro Berlin, ca. 71 Mio. Euro Brandenburg, ca. 50 Mio. Euro Bundesrepublik Deutschland).

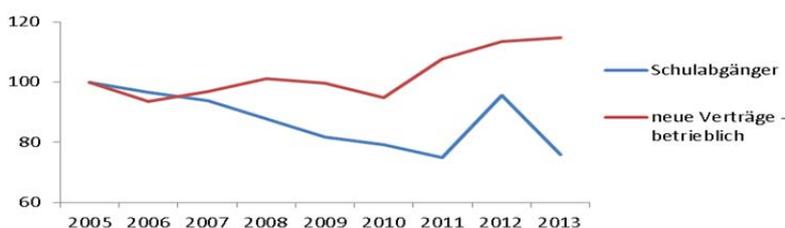
4. Nachtflugbeschränkungen am BER / Nachtflugverbot für den Flughafen SXF

Mit einem Brief an den Ministerpräsidenten und AR-Vorsitzenden M. Platzeck hat sich die IHK Berlin gegen die geplante Verschärfung der Nachtflugbeschränkungen am BER und für die Beibehaltung der höchststrichterlich bestätigten Regelungen eingesetzt.

Die Planungen des Brandenburger Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft die im Oktober 2013 auslaufende bestehende uneingeschränkte Nachtflugregelung nicht mehr zu verlängern, sondern diese ähnlich der BER-Regelung einzuschränken, sind vom Tisch. In Abstimmung mit den Fluggesellschaften haben die IHKs Berlin und Cottbus dies per Schreiben an die zuständige StS Schneider im Rahmen der Anhörung abgelehnt. Mittlerweile sind die Planungen aufgegeben worden.

Berufsbildung

Die IHK Berlin hat bis Ende Mai 2013 ein Prozent mehr betriebliche Ausbildungsverträge registriert als im Vorjahresmonat. Trotz Rückgang der Schulabgängerzahlen um über 20 Prozent seit 2005 haben die Betriebe fortwährend ihre Anstrengungen erhöht - von Mai 2005 bis Mai 2013 konnte die Zahl der betrieblichen Verträge um 14,8 Prozent gesteigert werden.



Rund 1.100 Plätze konnten laut Umfrage alleine in den IHK-Berufen 2012 nicht besetzt werden. Unternehmen, die wiederholt trotz verstärktem Engagements beim Ausbildungsmarketing und der Teilnahme an der Last-minute-Börse die Erfahrung machen, Plätze nicht besetzen zu

können, müssen notgedrungen auf eigene Ausbildung ihres Fachkräftenachwuchses verzichten. Als Alternative setzen sie auf die Gewinnung von Fachkräften auf dem Arbeitsmarkt - und profitieren dabei von der Attraktivität Berlins für in- und ausländische Fachkräfte.

Es gibt vielfältige Hemmnisse für ein erhöhtes Ausbildungsengagement: Berlin ist Spitzenreiter beim Nichterreichen eines Schulabschlusses (Berlin: 10 Prozent, Bund: 6 Prozent). 15.000 junge Menschen stecken in Maßnahmen der Berufsvorbereitung, bei 10.000 ist der Verbleib unbekannt und stehen nicht für eine passgenaue Vermittlung an Betriebe zur Verfügung. Leistungsschwächere Schulabgänger erfordern von Unternehmen mehr Engagement während der Ausbildung. Mehr als jedes zweite Unternehmen gibt bereits Nachhilfe, um Defizite auszugleichen, die Motivation der Jugendlichen zu fördern oder Abbrüche zu verhindern. Eine Karriere für Leistungsstarke in der dualen Ausbildung findet in der öffentlichen Debatte sowie der Berufsorientierung zu selten Erwähnung. Ein duales Studium ist für Unternehmen daher häufig ein attraktiveres Angebot, um diese Jugendlichen als Fachkräfte zu gewinnen – zumal Berlin mit 15 Prozent den Spitzenplatz beim Anteil von akademischen Fachkräften am Personalstamm einnimmt (Bund: 7 Prozent).

Berliner Hochschulverträge 2014-2017

Zurzeit werden die Hochschulverträge zwischen den Berliner Hochschulen in öffentlicher Trägerschaft und dem Land Berlin neu verhandelt. Damit werden die Hochschulfinanzierung für die Jahre 2014-2017 geregelt und Leistungsmerkmale für die Hochschulen definiert. Eine auskömmliche und leistungsfördernde Finanzierung der Berliner Hochschulen ist von großer Relevanz für die Berliner Wirtschaft: Absolventen der Berliner Hochschulen werden als Fachkräfte dringend benötigt. Die Ergebnisse insbesondere der angewandten Forschung sind eine wichtige Basis für wirtschaftliche Innovationen. Zudem müssen Brücken zwischen Wissenschaft und Wirtschaft geschlagen werden können, damit die Berliner Unternehmen tatsächlich von den örtlichen Hochschulen profitieren. Hierfür bedarf es funktionsfähiger Schnittstellen für den Übergang Studierender in den Beruf (Career Service Center), für Forschungs Kooperationen (Transferstellen) sowie in Form von Angeboten für Ausgründer, um dieses Potential für die Berliner Wirtschaft noch besser zu erschließen. Die IHK Berlin hat sich mit dem Papier „Berliner Hochschulverträge 2014-2017 Leistungsfähigkeit der Hochschulen erhalten, Anreize schärfen“ positioniert und in die Diskussion um die Ausgestaltung der neuen Hochschulverträge eingebracht. Das Papier wurde mit der Einladung zur Vollversammlung versandt.

City Tax

Anfang Mai hat der Berliner Senat das Gesetz über eine Übernachtungssteuer in Berlin (City-Tax) ins Abgeordnetenhaus eingebracht. Dort wurde das Gesetz in vier Ausschüsse verwiesen, so dass mit einer Einführung nicht vor Januar 2014 zu rechnen ist. Die IHK Berlin fordert in ihrem Arbeitsprogramm grundsätzlich, die City-Tax nicht einzuführen. Sollte jedoch eine City-Tax eingeführt werden, wird sich die IHK Berlin für eine unbürokratische Umsetzung und die Verwendung der Mittel für Tourismus und Kultur Zwecke stark machen. Die

wichtigsten Argumente gegen die City-Tax sind die hohen Verwaltungskosten bzw. Bürokratiekosten für die Hoteliers als Steuerschuldner sowie die Frage des Datenschutzes bei der erforderlichen Frage nach dem Zweck der Reise (Geschäftsreisende sind laut Bundesverwaltungsgericht von der Steuer befreit). Offen ist auch, in welcher Form die Geschäftsreise glaubhaft belegt werden muss. Ebenfalls stellt sich die Frage, ob Schulfahrten oder die Wahlkreisfahrten der Bundestagsabgeordneten als geschäftliche oder private Reise gelten. Darüber hinaus ist die Mittelverwendung unsicher, da die Einnahmen steuerrechtlich nicht zweckgebunden sein dürfen, sondern in den Gesamthaushalt fließen.

Wegen all dieser Fragen läuft derzeit in Hamburg eine Klage gegen ein entsprechendes Gesetz, andere Städte wie z. B. Oldenburg oder Osnabrück haben ihre Satzungen aufgrund des hohen Aufwandes und der rechtlichen Unsicherheiten wieder zurückgenommen. München will sie erst gar nicht einführen. Auch in Berlin kündigt die Hotellerie Klagen an.

Aktion „Frauen an der Spitze!“

Die Verbesserung der Chancen von Frauen am Arbeitsmarkt bleibt auch angesichts der Herausforderung der Fachkräftesicherung ein zentrales wirtschaftspolitisches Anliegen. Die politische Debatte dreht sich, gerade im Wahljahr, jedoch leider ausschließlich um die Einführung einer gesetzlichen Quote für Frauen in Aufsichtsräten großer Unternehmen.

Bereits im letzten Jahr hat die IHK Berlin deshalb mit der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen eine Kampagne gestartet, die das Ziel hat, die Berliner Unternehmen auf freiwilliger, eigenverantwortlicher Basis für mehr Frauen in Führungspositionen zu sensibilisieren. Kern der Kampagne ist eine Erklärung mit dem Bekenntnis zu frauenbewusster Personalpolitik, die im Lauf der Kampagne von Berliner Unternehmen unterzeichnet werden soll.

Am 23. April dieses Jahres fand der Auftaktworkshop zur Kampagne unter der Beteiligung von Senatorin Kolat statt, der mit weit über 90 Anmeldungen auf großes Interesse stieß. Im Workshop wurden Förderprogramme vorgestellt und sich über das Thema „Frauen in Führungspositionen“ – recht kontrovers – ausgetauscht.

Natürlich konnten im Rahmen dieses Auftaktes noch nicht auf alle Fragen Antworten gefunden werden. Jedoch wurde vor allem eines deutlich: Berufstätige Frauen sind in Zeiten des Fachkräftemangels unverzichtbar für die Berliner Wirtschaft. Ein Schlüssel zur Erreichung von mehr Frauen in Führungspositionen ist die Ermöglichung von chancengerechten Karrierewegen. Diese können z.B. durch die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf geebnet werden.

Die Debatte soll nun in Folgeveranstaltungen fortgeführt werden. Außerdem werden der dauerhafte Austausch und die Präsentation von Best-Practice-Beispielen über die Einrichtung einer Kommunikationsplattform gefördert. Auf einer Abschlussveranstaltung im Herbst 2014 soll schließlich Bilanz gezogen werden.

Bisher haben 44 Unternehmen die gemeinsame Erklärung gezeichnet. Darunter auch schon einige VV-Mitgliedsunternehmen.